

SCHULDEN-KRISE

Risiko-Experte: Der Bank-Run in Bulgarien ist ein deutliches Warnsignal

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 05.07.14, 01:34 | 17 Kommentare

Die Risiko-Experte Achim Dübel sieht in Osteuropa weitere erhebliche Kredit-Risiken für die Banken der Euro-Zone. Die Kredite an die Bürger wurden nicht für Investitionen vergeben, sondern für den Konsum oder dienten gar als Einkommen. Die Bank-Runs in Bulgarien zeigten, dass ein kleiner Funke genügt, um einen ganzen Banken-Sektor an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen.



Die Verflechtung der Banken in Europa birgt enorme Gefahren: Viele faule Kredite in Osteuropa können das Finanzsystem als Ganzes ins Wanken bringen. (Foto: dpa)

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: Die österreichische Erste Group meldet einen Milliarden-Verlust in Osteuropa. Ist das ein Einzelfall?

Achim Dübel: Nein, viele westeuropäische Banken haben hohe Abschreibungen in Osteuropa hinnehmen müssen oder werden es noch tun. Die Gründe liegen in falscher Zielgruppen- und Kreditproduktspolitik, man kann hier von klassischer Fehlallokation von Kapital sprechen. In Ungarn sind die Auslandsbanken vor allem bei Immobilienkrediten an Haushalte gewachsen, mehr als die Hälfte dieser Kredite finanzieren nicht Neubauten sondern Konsum bzw. ersetzen Einkommen. Obendrein wurde noch der Grossteil in Schweizer Franken, dh. einem extrem risikoreichen Produkt, gegeben. In Rumänien wurde mit dem Geld zwar mehr gebaut und damit echter Nachholbedarf gedeckt. Das Problem ist aber, dass da, wo keine Jobs sind oder Einkommensunsicherheit herrscht – so hat der Staat in Rumänien vor kurzem die Gehälter massiv

gekürzt – , sich die Menschen auch keine neuen Wohnungen leisten können.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: Raiffeisen taktiert noch, sagt, man wisse nicht genau wie es in Ungarn werde. Auch ein Kandidat?

Achim Dübel: Gut möglich. Die ungarische Regierung möchte das Überschuldungsproblem nach Jahren des Hin und Her ein für alle Mal vom Tisch bekommen. Aber Kreditqualitäts-Probleme gibt es ja nicht nur in Ungarn oder Rumänien, sondern auch nach ähnlichen

Eingriffen der Regierungen oder Gerichte in Ländern wie Serbien, Kroatien oder ganz extrem der Ukraine, wo ein Großteil des in Dollar denominierten Hypotheken-Portfolios nach zwei massiven Abwertungen uneinbringlich ist. Beide, Erste und Raiffeisen sind natürlich auch in stabileren Märkten unterwegs, z.B. Tschechien oder Russland, und haben auch bisher schon Abschreibungen vorgenommen.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Welche anderen europäischen Banken müssen zittern?*

Achim Dübel: In manchen Ländern, wie Ukraine, alle. Generell trifft es die Banken am härtesten, die aggressiv in den Markt eingetreten sind, wie BNP Paribas in Ukraine, Erste in Ungarn, Hypo Alpe Adria in Kroatien oder die portugiesische Millennium Bank in Polen. Aggressiv hieß, mit Fremdwährungskrediten die Wettbewerber in lokaler Währung zu unterbieten, aggressives Marketing für neue Produkte oder Zielgruppen zu betreiben und bei faktischen Neugründungen – wie Erste Bank in Ungarn – rasch Marktanteile zu gewinnen. Oft sind dergleichen Banken im Nachbarland extrem konservativ, so bietet die Erste in Tschechien fast nur Lokalwährungsprodukte an.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Die Erste hatte in Rumänien schon 2012 gekürzt, aber jetzt erst abgeschrieben. Warum?*

Achim Dübel: das hängt mit dem Platzen der rumänischen Immobilienblase nach 2008 zusammen. Zunächst hat man nach dem Preisverfall die offensichtlich zu hohen Bewertungen der Immobilien in den Büchern zurückgeschnitten und gewartet, ob die Kredite nicht trotzdem bedient werden. Inzwischen ist aber die Abwertung – es handelt sich dort v.a. um Eurokredite – hinzugekommen sowie die beschriebenen Einkommensprobleme. Ob das alles nicht früher antizipierbar war ist eine offene Frage. Jedenfalls hat der Asset Quality Review der EZB geholfen, die Abschreibungen zu beschleunigen. Das gilt ja nicht nur für diesen Fall, sondern generell – von Portugal bis Finnland.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Die Maßnahmen von Orban haben einen klaren Zweck: Rettung der Schuldner, die Banken werden abgestraft. Ein Modell für die EU?*

Achim Dübel: Jein. Orban ist ja Mittäter, er hatte um 2000 in seiner ersten Regierungszeit extreme Zinssubventionen für Forintkredite eingeführt. So konnte man damals von 14% auf 5% heruntersubventionierte 20-jährige Forintkredite bekommen. Da wurde also den wenigen glücklichen Kreditnehmern ein Grossteil des Hauses faktisch vom Staat geschenkt. Als diese Praxis vom IWF beendet wurde, haben sich die Banken nach einer Alternative umgesehen und diese im Schweizer Frankenkredit gefunden, der ähnlich niedrige nominale Zinsniveaus aufwies. Freilich gibt es die nur gegen extremes Währungsrisiko in der Zukunft. Und die ungarische Zentralbank, die es eigentlich besser wissen müsste, hat dieses Spiel mitgemacht. Zu der Zeit war ja auch Österreich bei weit geringeren Eurozinsen vom Schweizer Frankenvirus befallen.

Schuld sind also beide, Regierung und Banken. Das erste Entschuldungs-Paket hat auch die Lasten zwischen beiden mehr oder weniger fair verteilt, wobei sich die Regierung einiges über die Banken-Steuer wieder zurückgeholt hat. Jetzt versucht die Regierung, den Banken noch höhere Lasten zuzuordnen. Zum Teil ist das nachvollziehbar – z.B. haben die Banken bei den Franken-Zinsen und auch nur bei Haushalten hohe Aufschläge kassiert, die das Gericht für unzulässig erklärt hat – zum Teil könnte es aber zu weit gehen, etwa wenn wieder sehr niedrige Umtauschkurse für die restlichen Schulden angesetzt werden. Auf die Details warten wir ja noch.

Grundsätzlich ist es gut, wenn Regierungen die o.a. Probleme aus fehlgeschlagenen Produktinnovationen und Überschuldung von Haushalten direkt angehen. Spanien und Irland machen da entschieden zu wenig und setzen darauf, dass eine höhere Euro-Inflation das Problem löst. Darin werden sich beide Länder täuschen. Dass man es besser machen kann, als in Ungarn mit dem ruppigen Stil der Regierung, steht ausser Frage.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Wie hoch schätzen Sie das ganze Kreditrisiko in Osteuropa für die Euro-Banken ein?*

Achim Dübel: Das wird der Asset Quality Review der EZB ergeben. Zum Teil wird dort mit extremen Stressannahmen gearbeitet, z.B. minus 10% Wirtschaftswachstum in Kroatien. Das wird von den Banken z.T. mit Recht kritisiert. Trotzdem muss man feststellen, dass die Region wirtschaftlich labiler ist, als noch vor 10 Jahren gedacht. Der durch ein Gerücht ausgelöste Bank-Run in Bulgarien ist ein deutliches Warnsignal. Auch wenn die Banken tatsächlich stabil sind, und davon muss man ausgehen, ist die Wirtschaftslage doch in Teilen der Region so schlecht, dass die Bevölkerung alles für möglich hält. Wir brauchen eine durchgreifende Entwicklungsstrategie für große Teile der Region, die bisher aus meiner Sicht trotz der hohen Kreditvergabe der Vergangenheit vernachlässigt wird.

Die Fehlallokation der vielen Kredite an Haushalte und auch an die Regierungen, die jetzt in den Bilanzen ankommt, zeigt deutlich, dass weder Regierungen noch Banken eine klare Vorstellung haben, wie die wirtschaftliche Basis der Region – Infrastruktur und Unternehmen – zu entwickeln sind. Und das, obwohl mit der EBRD eine eigens für die Region zuständige Entwicklungsbank gegründet wurde. Ich kann nur hoffen, dass alle Beteiligten aus diesem Desaster lernen werden.

Achim Dübel ist Gründer und Leiter der Finanzberatungs-Firma Finpolconsult. Zuvor war er von 1998 bis 2000 Finanz-Analyst bei der Weltbank. Er hat in den vergangenen Jahren mehrere Arbeits-Papiere zur Banken-Krise erstellt. Sein aktuelles Arbeitspapier „The Capital Structure of Banks and Practice of Bank Restructuring“ wurde im Juni-Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums berücksichtigt.

Kommentare

Dieser Artikel hat 17 Kommentare. Wie lautet Ihrer?

« ZURÜCK 1 2

7. Juli 2014 um 12:13

BuergerPopulist sagt:



Griechenland, Bulgarien... und Morgen?
Der Euro wird immer weniger wert.

[Antworten](#)

6. Juli 2014 um 09:45

Oliver sagt:



Es ist leider so das immer wieder nur Symptome bekämpft werden. Egal ob wirtschaftlich, medizinisch, menschlich oder Andere.
Nehmen wir mal an, unsere Umwelt und unser Sein wären ein Computerprogramm (Matrix) So hätten wir momentan ein Programm das voll von schädlichen Viren nicht mehr funktioniert und das ganze System bzw. Computer bedroht und unbrauchbar macht.
Da die Antiviren Programme von den Verursachern geschrieben wurden und nur Symptome bekämpfen, wäre eigentlich der logische Schritt das ganze Programm (Festplatte) zu löschen oder den Computer so schnell wie möglich zu entsorgen.

[Antworten](#)

5. Juli 2014 um 19:26

khaproperty sagt:



Die Euroeinführung, bzw, deren Ankündigung, führte – wie schon bei den Euroländern der PIIGS nach Einführung des Euro – dazu, daß Banken und auch die Menschen, von Politikern angestachelt, meinten, auf Kredit im lange erhofften Luxus leben zu können.

Auch in diesen Fällen ist der Euro schuld, der die Leute besoffen macht mit Zukunftsaussichten, die er niemals einhalten kann.

Das ist täglich zu besichtigen, wie wir unter dem Euro in einem potemkinschen Dorf herum torkeln und tatsächlich meinen, das ginge immer so weiter, bloß weil Draghi es uns verspricht.

Dieser letzten Äußerung nackter Verzweiflung kann jedoch keine einzige Tat mehr folgen. Die Instrumentenkammer ist leer.

Und das BVerfG hält Wacht, daß die EZB nicht zu unzulässigen Mitteln greift.

[Antworten](#)

« ZURÜCK 1 2

Wichtiges für den Mittelstand

von Unternehmer Positionen Nord –
eine Initiative der HSH Nordbank



Von Draghis Milliarden profitieren jene, die das Geld als erste erhalten



EZB pumpt eine Billion Euro ins Finanz-System



Frankreich bremst Europas Industrie-Produktion

UP
UNTERNEHMER
POSITIONEN NORD

**HSH
NORDBANK**

TOP NEWS

07.07.2014

Bündnisfall nach 9/11

Merkel weiß, warum sie schweigt: NSA-Spionage in Deutschland ist völlig legal



Wegen der Nato-Mitgliedschaft und der bis heute nicht widerrufenen Proklamation des Bündnis-Falls nach dem 11. September 2001 bleibt die Souveränität Deutschlands eingeschränkt. Die Amerikaner agieren vollkommen legal: Sie können in Deutschland alles und jeden abhören. Die Bundesregierung weiß das natürlich auch. Ihre Erregung ist eine bemerkenswerte schauspielerische Leistung.

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 7. Juli 2014, 14:48 Uhr | Keine Kommentare

Produktion der deutschen Wirtschaft bricht überraschend stark ein

Die deutsche Wirtschaft drosselt überraschend ihre Produktion. Im Mai gab es ein Minus von 1,8 Prozent. Damit dürfte die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal bestenfalls stagnieren. Das hat Auswirkungen auf den Rest Europas. In Spanien hat sich die Produktion ebenfalls abgeschwächt.

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 7. Juli 2014, 12:50 Uhr | 9 Kommentare

Zweifel an Sanierung: Karstadt-Chefin wirft nach fünf Monaten das Handtuch

Der Karstadt-Konzern ist offenbar in einem weitaus schlechteren Zustand als bekannt. Die neue Chefin hat dem Eigentümer Nicholas Berggruen nach nur fünf Monaten ihre Abschied mitgeteilt. Die Schwedin Eva-Lotta Sjöstedt resigniert angesichts der "wirtschaftlichen Rahmendaten". Im Unternehmen herrschen Ratlosigkeit und Sorge.

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 7. Juli 2014, 12:05 Uhr | 8 Kommentare

China erleichtert Frankfurter Börse den Handel in Yuan

KfW finanziert Öko-Strom künftig über Öko-Anleihen

NSA-Affäre: De Maiziere will zurückspionieren

[DWN BEI FACEBOOK](#)

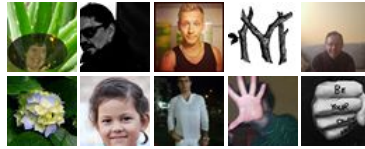
Finde uns auf Facebook



Deutsche Wirtschafts Nachrichten

Gefällt mir

29.754 Personen gefällt Deutsche Wirtschafts Nachrichten.



Soziales Plug-in von Facebook

Registrieren

Erstelle ein Konto oder [Anmelden](#), um zu sehen, was deine Freunde empfehlen.



Vermögens-Verwalter: Manipulationen machen Geld-Anlage unmöglich
Empfehl dies deinen Freunden.



EU bringt Wasser-Petition trotz einer Million Unterschriften zu Fall
750 Personen empfehlen das.



NRW verzockt mit griechischen Staatsanleihen 168 Millionen Euro
8 Personen empfehlen das.

Soziales Plug-in von Facebook

BÖRSE & MÄRKTE

powered by [wallstreet:online](#)

MARKTÜBERSICHT

INDIZES ROHSTOFFE

Indikation	Kurs	Zeit	Performance
DAX	9.954,00	15:33	-0,61 %
MDAX	16.750,00	15:33	-0,85 %
TecDAX	1.323,00	15:33	-0,49 %
E-Stoxx 50	3.243,00	15:32	-1,01 %
Dow Jones	17.010,00	15:33	-0,23 %
NASDAQ 100	3.917,50	15:33	-0,09 %

WERTPAPIERSUCHE

WKN, ISIN oder Name

DAX 9.954,00 -0,61 %

1T 1W 1M 3M 6M 1J 5J MAX



Alle DAX Werte auf wallstreet:online

EUROSTOXX 50 3.243,00 -1,01 %

1T 1W 1M 3M 6M 1J 5J MAX



Alle Euro-Stoxx 50 Werte auf wallstreet:online

S&P 500 1.979,50 -0,15 %

1T 1W 1M 3M 6M 1J 5J MAX



Alle S&P 500 Werte auf wallstreet:online

DOLLARKURS 1,35983 +0,04 %

1T 1W 1M 3M 6M 1J 5J MAX



Mehr zu Devisen auf wallstreet:online

GOLDPREIS 1.315,31 -0,39 %

1T 1W 1M 3M 6M 1J 5J MAX



BÜRGERRECHTE



Merkel weiß, warum sie schweigt:
NSA-Spionage in Deutschland ist völlig legal

BND-Mitarbeiter hat
NSA-Untersuchungs-Ausschuss für die
USA ausspioniert



Der Kommissar als Zensor: EU will die
Kontrolle über das Internet



Amazon: CIA kann legal auf
Kundendaten zugreifen

Bundesregierung will Streik-Recht
beschneiden

FRANKREICH



Franzosen wollen weichen Euro:
Total-Chef fordert Ende des Petro-
Dollars



Rache für Banken-Strafe: Frankreich
droht mit dem Ausstieg aus dem
Dollar-System

Franzosen in der EZB wollen
Abwertung des Euro



IWF: Hollande muss mit „starkem
Widerstand“ der Bevölkerung rechnen



Putin: Obama erpresst Frankreich
wegen Rüstungs-Deals mit Moskau

ANTISEMITISMUS



Antisemitismus: Rechtsextreme in
Europa profitieren von der Finanz-Krise



Front National lässt antisemitisches
Video von Jean-Marie Le Pen
verschwinden



„Abends verlässt keiner das Haus“:
Ukrainische Juden wollen emigrieren



Jüdische Organisationen: Empörung
über antisemitische Anschläge in
Europa



EU-Parteien im Staatsfunk: Das soll
Demokratie sein?

RECHTSEXTREME



Front National lässt antisemitisches
Video von Jean-Marie Le Pen
verschwinden



Gericht in Ungarn: TV-Sender darf
Jobbik-Partei nicht „rechtsextrem“
nennen



Schande für Europa: Rechtsextreme
Goldene Morgenröte zieht ins
EU-Parlament ein



Lucke: AfD ist keine rechtsextreme
Partei

Ukraine verschärft Sicherheit an
Atomkraftwerken

FACEBOOK



Russland will Facebook, Twitter und
Amazon verbieten



Verdacht: US-Militär könnte Facebook
unterwandern



Der Kommissar als Zensor: EU will die
Kontrolle über das Internet



Google greift an und sagt traditionellen
Banken „den sicheren Tod“ voraus



Facebook beantragt Bank-Lizenz in
Irland

WASSER



Pleite-Stadt Detroit dreht ihren
Bürgern den Wasserhahn zu



Gigantische Strukturen unter
Grönlands Eisschicht entdeckt



Gigantische Mengen Wasser im
Erd-Inneren gefunden



Kostbares Gut: Wasser-Mangel treibt
Preise in den USA



USA melden Fortschritt bei Wasser-
Privatisierung
